

# Parlamentarische **Versammlung**

---

## **Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen**

**Dok. 8879**

18. Oktober 2000

### **Mitteilung**

des Generalsekretärs des Europarats

### **Einleitung**

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 16, Absatz 5 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ist der Generalsekretär verpflichtet, der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Charta vorzulegen. Das vorliegende Dokument ist der erste dieser Berichte.

Die Charta trat am 1. März 1998 in Kraft. Ihre Bestimmungen legen nicht fest, wann der Generalsekretär der Versammlung den ersten Bericht vorzulegen hat. Einerseits scheint es angeraten zu warten, bis mit dem Überwachungsverfahren ausreichend Erfahrungen über ihre Umsetzung gewonnen wurden, um so wesentliche Angaben machen zu können. Andererseits schien es nicht gerechtfertigt, den ersten Bericht über das Ende des Jahres 2000 hinaus zu verzögern, da die Versammlung ein Recht darauf hat, über die Entwicklungen bezüglich dieses Übereinkommens unterrichtet zu werden.

Angesichts des derzeit laufenden formellen Prüfungsverfahrens zur Anwendung der Charta durch die ersten Vertragsstaaten (siehe unten) ist dieser Bericht vorläufiger Art.

### **Stand der Unterzeichnungen und Ratifizierungen**

Mit Stand 10. September 2000 wurde die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen von 23 Staaten unterzeichnet<sup>1</sup>, von denen zehn die Charta ratifiziert haben.<sup>2</sup> Eine Übersicht über die Unterzeichnungen und Ratifizierungen befindet sich in Anhang I.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Charta im November 1992 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, finde ich die Ratifizierungsrate enttäuschend gering.

---

<sup>1</sup> Österreich, Kroatien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Rumänien, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Ukraine und Großbritannien.

<sup>2</sup> Kroatien, Dänemark, Finnland, Deutschland, Ungarn, Liechtenstein, Niederlande, Norwegen, Schweden und Schweiz.

Ich erkenne jedoch an, dass der Ratifizierungsprozess für dieses Rechtsinstrument schwierige politische Verhandlungen und komplexe Entscheidungen beinhalten kann. Die Charta beschränkt sich nicht darauf, einen Rahmen für die nationale Gesetzgebung und Politik vorzugeben, sondern legt in Teil III eine große Zahl konkreter Verpflichtungen fest, von denen die Parteien gefordert sind, „unter Berücksichtigung der Situation jeder Sprache“ eine Auswahl zu treffen. Tatsächlich müssen die Parteien nicht nur festlegen, welche ihrer Regional- oder Minderheitensprachen unter den Schutz von Teil III fallen, sondern sie müssen für jede dieser Sprachen mindestens 35 der 68 Absätze auswählen, die Anwendung auf sie finden. Da die gewählten Maßnahmen an die Lage jeder Sprache angepasst werden müssen, kann es erforderlich sein, verschiedene Bestimmungen für die gleiche Sprache in verschiedenen Regionen anzunehmen, da sich Zahl und Konzentration der Sprecher dieser Sprachen unterscheiden können.

Obwohl ich diese Komplexität erkenne, möchte ich die Mitgliedstaaten ermutigen, die Ratifizierung so bald wie möglich voranzutreiben.

Bei einigen der jüngeren Mitgliedstaaten enthält die Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung, die ihren Beitritt zum Europarat empfiehlt, die ausdrückliche Forderung, sie sollten der Charta beitreten. Aber auch die älteren Mitgliedstaaten können von einer klaren Verpflichtung gegenüber diesen europäischen Standards als Mittel der Übertragung von Glaubwürdigkeit und Autorität nationaler Politik und Praxis erheblich profitieren. Ich rufe auch andere Staaten auf, dem guten Beispiel jener Staaten zu folgen, welche die Charta aus Gründen der europäischen Solidarität in einer Angelegenheit, die so eindeutig die Grundwerte des Europarats widerspiegelt, ratifiziert haben.

### **Die Art der Verpflichtungen der Vertragsparteien zur Charta**

Die Erklärungen, die von den Vertragsparteien im Hinblick auf die Charta zum Zeitpunkt ihrer Ratifizierung gemacht wurden, befinden sich in Anhang II.

Man kann feststellen, dass sich die Erklärungen in Länge und Komplexität erheblich unterscheiden. Dies ist teilweise auf erhebliche Unterschiede in der Zahl der Regional- oder Minderheitensprachen in den zahlreichen betroffenen Staaten zurückzuführen. Liechtenstein erklärt, dass es in seinem Hoheitsgebiet zum Zeitpunkt der Ratifizierung keine Regional- oder Minderheitensprachen im Sinne der Charta gibt, Norwegen führt nur eine solche Sprache an, wohingegen andere Staaten mehrere dieser Sprachen haben.

Die unterschiedliche Länge der Erklärungen ist aber auch mit sehr unterschiedlichen Herangehensweisen an die Verpflichtungen im Hinblick auf jede Sprache begründet. So haben einige Staaten (insbesondere Deutschland und die Niederlande) es vorgezogen, die Sprachen, die sie als unter die Bestimmungen von Teil II fallend betrachten, zu benennen, obwohl Teil II der Charta Anwendung auf alle Regional- oder Minderheitensprachen findet, die in einem Hoheitsgebiet gesprochen werden.

Insofern Teil III betroffen ist, ist jeder Vertragsstaat gefordert, sowohl die Sprachen, die darunter fallen, als auch für jede einzelne Sprache festzulegen, welche Absätze oder Unterabsätze von Teil III Anwendung auf sie finden (vorbehaltlich, dass mindestens 35 Bestimmungen ausgewählt werden). In ihren Erklärungen haben sich jedoch einige Staaten (Kroatien und Ungarn) verpflichtet, genau dieselben Bestimmungen aus Teil III der Charta auf alle fraglichen Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden. Andere (Finnland und die Schweiz) haben für jede Sprache eine andere Liste erstellt. Ein anderer Staat (Deutschland) hat nicht nur unterschiedliche Bestimmungen aus Teil III für jede Sprache festgelegt, sondern hat auch den Schutz, der derselben Sprache in unterschiedlichen Ländern gewährt wird, unterschiedlich gestaltet, nicht nur gemäß bundesstaatlichem System, sondern auch für die Lage der Sprache in dem fraglichen Land.

Ich möchte die Legitimität der angewandten unterschiedlichen Ansätze nicht bewerten, da dies eine Angelegenheit für den Sachverständigenausschuss ist. Ich betrachte allerdings die Anpassung der Verpflichtungen an die verschiedenen Umstände jeder Sprache in den einzelnen Regionen als durch den Wortlaut und Geist der verschiedenen Artikel von Teil III der Charta gedeckt, von denen viele eine Reihe von Wahlmöglichkeiten bereitstellen, von denen die Vertragsparteien „unter Berücksichtigung der Situation jeder Sprache“ auswählen können.

## **Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten**

### Informationsquellen

Artikel 15 der Charta verlangt von den Parteien, dem Generalsekretär regelmäßig Berichte über ihre in Übereinstimmung mit Teil II der Charta verfolgte Politik und über die in Anwendung der von ihnen angenommenen Bestimmungen des Teils III getroffenen Maßnahmen vorzulegen. Diese Berichte stellen eindeutig die vorrangige Informationsquelle über die Umsetzung der Charta dar. Der erste Bericht muss innerhalb des Jahres nach Inkrafttreten der Charta in dem betreffenden Vertragsstaat vorgelegt werden. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil er eine Beschreibung der Gesamtlage der Regional- oder Minderheitensprachen in dem fraglichen Staat sowie Bezugnahmen auf die Forderungen der Charta enthalten muss.

Artikel 15 der Charta legt des Weiteren fest, dass die regelmäßigen Berichte von den Parteien „in einer vom Ministerkomitee zu bestimmenden Form“ vorzulegen sind. Zu diesem Zweck hat das Ministerkomitee Ende 1998 eine einheitliche Gliederung für die regelmäßigen Berichte verabschiedet.

Alle Staaten, für welche die Charta 1998 in Kraft trat, haben ihren ersten regelmäßigen Bericht eingereicht. Gemäß Artikel 15, Absatz 2 der Charta wurden diese Berichte von den betreffenden Regierungen veröffentlicht. In einigen Fällen haben sich jedoch Fragen im Hinblick auf die für diesen Zweck eingesetzten Mittel ergeben. Meiner Ansicht nach sollte der Bericht nicht einfach nur als Druckfassung veröffentlicht werden, sondern es sollte besondere Sorgfalt darauf verwandt werden, alle interessierten Parteien über dessen Verfügbarkeit zu unterrichten. Es wäre auch hilfreich, ihn im Netz verfügbar zu machen, so wie dies bereits einige Parteien gemacht haben.

Jede Vertragspartei zur Charta ist anschließend verpflichtet, in dreijährigem Abstand weitere regelmäßige Berichte vorzulegen. Wenn der erste Bericht ein klares und umfassendes Bild der Lage der Regional- oder Minderheitensprachen und der sich auf diese beziehenden Gesetzgebung und Politik enthält, sollten die folgenden Berichte leichter vorzubereiten sein, da sie lediglich die Entwicklungen beschreiben müssen, die seit dem letzten Bericht stattgefunden haben.

Artikel 16 der Charta sieht vor, dass Organe oder Verbände, die rechtmäßig in einem Vertragsstaat gegründet wurden, die Aufmerksamkeit des Sachverständigenausschusses auf Angelegenheiten bezüglich der Verpflichtungen lenken können, die dieser Vertragsstaat laut Teil III der Charta eingegangen ist. Diese Eingaben sind eine wertvolle zusätzliche Informationsquelle, da sie von den Regierungen unabhängig sind. Seitdem die Charta in Kraft getreten ist, haben zahlreiche Verbände in mehreren Vertragsstaaten diese Möglichkeit genutzt und die Aufmerksamkeit des Sachverständigenausschusses auf Angelegenheiten gelenkt, die sie bedenklich finden.

Zu den angesprochenen Problemen gehören z. B. der Gebrauch von Sprachen, auf welche die Charta nicht angewendet wird, fehlende Finanzmittel zur Förderung zahlreicher Sprachen oder ausführliche Angaben zur Stellung einer Regional- oder Minderheitensprache in Bildung, Kultur oder den Medien, welche die Angaben der regelmäßigen Berichte ergänzen.

### Unabhängige Beurteilung

Um die Umsetzung der Charta zu überwachen, sieht sie in den Artikeln 16 und 17 die Einrichtung eines Sachverständigenausschusses vor, der sich aus einem Mitglied aus jedem Vertragsstaat zusammensetzt.

In dem zur Charta veröffentlichten Schrifttum wird manchmal die Tatsache beanstandet, dass die Ernennung der Mitglieder des Sachverständigenausschusses ausschließlich in den Händen der Regierungen liegt, da das Ministerkomitee die Mitglieder von einer Liste mit Kandidaten ernennt, die von der betreffenden Partei vorgeschlagen wurden. Diese Kritiker erwarten daher nicht unbedingt vom Sachverständigenausschuss, unabhängig und unparteiisch zu handeln.

Die Erfahrung lehrt, dass diese Kritik unberechtigt ist. Die Parteien haben nicht nur „Persönlichkeiten von höchster Integrität und anerkannter Sachkenntnis in den durch die Charta erfaßten Angelegenheiten“ benannt, wie in Artikel 17 gefordert, sie halten sich auch an die konkreten Ausführungen des Erläuternden Berichts zur Charta, dass nämlich die für den Ausschuss ernannten Sachverständigen frei und unabhängig

handeln sollen und nicht den Weisungen der jeweiligen Regierungen unterworfen sind. Alle gegenwärtigen Mitglieder des Sachverständigenausschusses erfüllen klar die Forderung nach Sachkenntnis und Unabhängigkeit. Einige wurden in der Tat nach Rücksprache mit dem nichtstaatlichen Bereich von ihren Regierungen benannt. Der Ausschuss hat des Weiteren ohne Beeinflussung von auswärtigen Organen oder Regierungen seine eigene Arbeitsweise festgelegt und seine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Mandat des Sachverständigenausschusses lautet, die regelmäßigen Berichte zu prüfen, die dem Generalsekretär von den Vertragsparteien zur Charta vorgelegt werden. Er befasst sich außerdem mit Angelegenheiten, auf die er durch Organe oder Verbände, wie oben ausgeführt, aufmerksam gemacht wurde, und befragt diesbezüglich auch die betroffene Partei. Er verfasst anschließend seinen eigenen Prüfbericht für das Ministerkomitee.

Es wurde rasch deutlich, dass der Sachverständigenausschuss während der Prüfung der Staatenberichte in einen Austausch mit den betreffenden nationalen Stellen treten muss, um einige Fragen des Berichts zu klären und zusätzliche Angaben einzuholen. Dieser Dialog erfolgt vor allem in Gestalt schriftlich eingereicherter Fragen und Antworten. Der Ausschuss hält es jedoch normalerweise für erforderlich, diesen schriftlichen Austausch durch Entsenden einer aus drei Ausschussmitgliedern bestehenden Delegation zu einem „Ortsbesuch“ in das fragliche Land zu ergänzen. Die Ortsbesuche bieten Gelegenheit zu einem ausführlicheren Austausch von Informationen mit Regierungsbehörden, anderen staatlichen Stellen (z. B. Ombudspersonen), Abgeordneten und Vertretern der Sprecher der verschiedenen Regional- oder Minderheitensprachen. Ich stelle mit Zufriedenheit fest, dass die betreffenden nationalen Stellen in der Regel alle praktischen Hilfestellungen leisten, die für die Durchführung der Ortsbesuche erforderlich sind.

Erst nach Abschluss dieses Austausches verfasst der Sachverständigenausschuss seinen Prüfbericht für das Ministerkomitee. Ich weiß, dass der Ausschuss zu warten wünscht, bis er mehrere Prüfberichte einreichen kann, um so sicherzustellen, dass ein Vergleich der Behandlung der geprüften Staaten möglich ist. Aus diesem Grund wurden bisher keine Prüfberichte an das Ministerkomitee eingereicht, obwohl die ersten Prüfberichte für Anfang 2001 erwartet werden.

Selbstverständlich muss die Einreichung dieser Prüfberichte abgewartet werden, bevor man inhaltliche Schlussfolgerungen über die tatsächliche Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten ziehen kann.

### Politische Kontrolle und Unterstützung

Die politische Schlüsselrolle für die Sicherstellung der Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten fällt dem Ministerkomitee zu. Die Charta ermächtigt das Ministerkomitee ausdrücklich, die Prüfberichte des Sachverständigenausschusses öffentlich zugänglich zu machen. Ich vertraue darauf, dass das Ministerkomitee regelmäßig Gebrauch von dieser Möglichkeit machen wird, was sowohl im Hinblick auf Transparenz als auch im Hinblick auf die Sicherstellung eines größtmöglichen Einflusses der Charta in den betreffenden Staaten wichtig ist.

Die Charta legt auch fest, dass der Sachverständigenausschuss dem Ministerkomitee Vorschläge für die Vorbereitung von Empfehlungen an die einzelnen Parteien unterbreitet. Dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt, da es den ständigen Dialog mit den Vertragsstaaten auf die politische Ebene verlagert und die Grundlage für die nächste Stufe des Überwachungsverfahrens legt. Ich erwarte vom Ministerkomitee, dass es sich eng an die Vorschläge des Sachverständigenausschusses anlehnen wird, wenn es seine Empfehlungen verabschiedet.

Mit Blick auf die Parlamentarische Versammlung ist die Rolle, die ihr durch die Charta zugewiesen wurde, eine ungewöhnliche im Vergleich zu anderen Übereinkommen des Europarats. Nur wenige Übereinkommen sehen vor, dass der Versammlung Berichte vorgelegt werden, und kein anderes Übereinkommen verlangt vom Generalsekretär, einen eigenen Bericht über ihre Anwendung vorzulegen. Die Bedeutung dieser Rolle der Versammlung sollte nicht unterschätzt werden. Die Debatte über den alle zwei Jahre erfolgenden Bericht bietet den Parlamentariern in Europa regelmäßig die Gelegenheit, die Lage im Hinblick auf die Umsetzung der Charta zu prüfen und politischen Druck auszuüben, um diese Umsetzung zu verbessern.

Auf jeden Fall habe ich anerkennend die beständige Unterstützung festgestellt, welche die Versammlung der Charta gewährt. So hat sie selten die Gelegenheit versäumt, auf der Notwendigkeit der Unterzeichnung und Ratifizierung zu beharren, insbesondere als Voraussetzung für den Beitritt neuer Mitglieder zur Organisation. Ich bin zuversichtlich, dass die Versammlung auch weiterhin neue Beitritte zur Charta fördern wird und ihre

Bemühungen gleichermaßen auf neue und alte Mitgliedstaaten richten wird. Ich bin der Überzeugung, dass die Prüfberichte des Sachverständigenausschusses und die Empfehlungen des Ministerkomitees eine gute Grundlage für Maßnahmen der Versammlung sein werden, um die Lage der Regional- oder Minderheitensprachen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu fördern.

## Anhang I

### Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

**Zeichnung**  
Ort: Straßburg  
Datum: 5/11/1992

**Inkrafttreten**  
Bedingungen: 5 Ratifikationen  
Datum: 1/3/1998

**Stand: 17/10/2000**

Mitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Albanien										
Andorra										
Belgien										
Bulgarien										
Dänemark	5/11/1992	8/9/2000	1/1/2001			X			X	
Deutschland	5/11/1992	16/9/1998	1/1/1999			X				
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	25/7/1996									
Estland										
Finnland	5/11/1992	9/11/1994	1/3/1998			X				
Frankreich	7/5/1999					X				
Georgien										
Griechenland										
Irland										
Island	7/5/1999									
Italien	27/6/2000									
Kroatien	5/11/1997	5/11/1997	1/3/1998		X	X				
Lettland										
Liechtenstein	5/11/1992	18/11/1997	1/3/1998			X				
Litauen										
Luxemburg	5/11/1992									
Malta	5/11/1992									
Moldau										
Niederlande	5/11/1992	2/5/1996	1/3/1998			X		X		
Norwegen	5/11/1992	10/11/1993	1/3/1998			X				
Österreich	5/11/1992									
Polen										
Portugal										
Rumänien	17/7/1995									
Russland										
San Marino										

Schweden	9/2/2000	9/2/2000	1/6/2000		X						
Schweiz	8/10/1993	23/12/1997	1/4/1998		X						
Slowakei											
Slowenien	3/7/1997	4/10/2000	1/1/2001		X						
Spanien	5/11/1992										
Tschechische Republik											
Türkei											
Ukraine	2/5/1996										
Ungarn	5/11/1992	26/4/1995	1/3/1998		X						
Vereinigtes Königreich	2/3/2000								X		
Zypern	12/11/1992										

Nichtmitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Bosnien und Herzegowina										

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation:	12
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:	11

**Hinweise:**

b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

## Anhang II

### Liste der Erklärungen zum Vertrag Nr. 148

#### Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen



Dänemark:

**Declaration contained in a Note Verbale from the Permanent Representation of Denmark, handed at the time of deposit of the instrument of ratification on 8 September 2000 - Or. Engl.**

In accordance with Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, of the European Charter for Regional or Minority Languages, Denmark declares that it will apply the following provisions of Part III of the Charter to the German minority language in Southern Jutland:

Article 8, paragraph 1 a iii; b iv, c iii/iv, d iii; e ii, f ii, g; h; i; paragraph 2;  
Article 9, paragraph 1 b iii; c iii; paragraph 2 a/b/c;  
Article 10, paragraph 1 a v; paragraph 4 c; paragraph 5;  
Article 11, paragraph 1 b i/ii, c i/ii; d, e i, f ii; g, paragraph 2;  
Article 12, paragraph 1 a; b; d; e; f; g; paragraph 2; paragraph 3  
Article 13, paragraph 1 a; c; d; paragraph 2 c;  
Article 14, a; b.

The Danish Government considers that Article 9, paragraphs 1 b iii, and 1 c iii, does not preclude that national procedural law may contain rules which require that documents produced in a foreign language before courts as a general rule be accompanied by a translation.

**In Kraft: 1/1/2001 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 2, 3

**Declaration contained in a Note Verbale from the Permanent Representation of Denmark, handed at the time of deposit of the instrument of ratification on 8 September 2000 - Or. Eng.**

The Danish Realm comprises Denmark, the Faroe Islands and Greenland.

Section 11 of Act No. 137 of 23 March 1948 on Home Rule of the Faroe Islands states that "Faroese is recognized as the principal language, but Danish is to be learnt well and carefully, and Danish may be used as well as Faroese in public affairs." By virtue of the said Act the Faroese language enjoys a high degree of protection and the provisions of the Charter will therefore not be applicable to the Faroese language, cf. Article 4 (2) of the Charter. For this reason, the Danish Government does not intend to submit periodical reports according to Article 15 of the Charter as far as the Faroese language is concerned.

Denmark's ratification of the Charter does not in any way prejudice the outcome of the negotiations on the future constitutional status of the Faroe Islands.

Section 9 of Act No. 577 of 29 November 1978 on Greenland Home Rule states that:

"(1) Greenlandic shall be the principal language, Danish must be thoroughly taught.  
(2) Either language may be used for official purposes."

By virtue of the said Act the Greenlandic language enjoys a high degree of protection and the provisions of the Charter will therefore not be applicable to the Greenlandic language, cf. Article 4(2) of the Charter. For this reason, the Danish Government does not intend to submit periodical reports according to Article 15 of



the Charter as far as the Greenlandic language is concerned.

**In Kraft: 1/1/2001 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 15, 4

**Communication contained in a Note Verbale from the Permanent Representation of Denmark, dated 25 August 2000, handed at the time of deposit of the instrument of ratification on 8 September 2000 - Or. Engl.**

Upon instruction the Representation hereby transmits certified translations into English of the Greenland Home Rule Act of 29 November 1978 and the Home Rule Act of the Faroe Islands of 23 March 1948, on the basis of which mandatory consultations were held as part of the ratification process. Attention is drawn to sections 9 and 11 respectively and to the corresponding lists of matters brought under Home Rule.

**[Note by the Secretariat: The final versions are available on request to the Treaty Office.]**

**In Kraft: 1/1/2001 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: -



**Deutschland:**

**Erklärungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit Schreiben der Ständigen Vertretung vom 16. September 1998 notifiziert hat und die dem Generalsekretär bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. September 1998 übergeben wurden – Or. Englisch/Deutsch**

Minderheitensprachen im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sind in der Bundesrepublik Deutschland das Dänische, das Obersorbische, das Niedersorbische, das Nordfriesische, das Saterfriesische und das Romanes der deutschen Sinti und Roma; Regionalsprache im Sinne der Charta ist in der Bundesrepublik Deutschland das Niederdeutsche.

Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet gemäß Artikel 3 Abs. 1 der Charta die nachfolgend genannten Regional- oder Minderheitensprachen, auf welche die nach Artikel 2 Abs. 2 der Charta ausgewählten Bestimmungen nach Inkrafttreten der Charta in der Bundesrepublik Deutschland angewendet werden:

Dänisch im dänischen Sprachgebiet im Land Schleswig-Holstein:

Art. 8, Abs. 1 a iv; b iv; c iii/iv; d iii; e ii; f ii/iii; g; h; i; Abs. 2;  
Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a v; Abs. 4 c; Abs. 5;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e ii; f ii; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 c; d; e; f; g; Abs. 2; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d; Abs. 2 c;  
Art. 14 a; b.

Obersorbisch im obersorbischen Sprachgebiet im Freistaat Sachsen:

Art. 8, Abs. 1 a iii; b iv; c iv; d iv; e ii; f iii; g; h; i; Abs. 2;  
Art. 9 Abs. 1 a ii; a iii; b ii; b iii; c ii; c iii; d; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a iv/v; Abs. 2 a; b; g; Abs. 3 b/c; Abs. 4 c; Abs. 5;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e i; f ii; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 a; b; c; d; e; f; g; h; Abs. 2, Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d; Abs. 2 c.

Niedersorbisch im niedersorbischen Sprachgebiet im Land Brandenburg:

Art. 8, Abs. 1 a iv; b iv; c iv; e iii; f iii; g; h; i;

Art. 9, Abs. 1 a ii; a iii; b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a iv/v; Abs. 2 b; g; Abs. 3 b/c; Abs. 4 a; c; Abs. 5;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e i; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 a; b; c; d; e; f; g; h; Abs. 2; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d.

Nordfriesisch im nordfriesischen Sprachgebiet im Land Schleswig-Holstein:

Art. 8, Abs. 1 a iii/iv; b iv; c iv; e ii; f iii; g; h; i; Abs. 2;  
Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a v; Abs. 4 c; Abs. 5;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e ii; f ii; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 a; b; c; d; e; f; g; h; Abs. 2; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d;  
Art. 14 a.

Saterfriesisch im saterfriesischen Sprachgebiet im Land Niedersachsen:

Art. 8, Abs. 1 a iv; e ii; f iii; g; i;  
Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a v; c; Abs. 2 a; b; c; d; e; f; Abs. 4 a; c; Abs. 5;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e ii; f ii; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 a; b; c; d; e; f; g; Abs. 2; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d.

Niederdeutsch in den Ländern Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein:

Verpflichtungen für Niederdeutsch im Gebiet der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein:

Art. 8, Abs. 1 a iv; e ii; g;  
Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Art. 10, Abs. 1 a v; c; Abs. 2 a; b; f;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e ii; f ii; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 a; d; f; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c;

dazu ergänzend:

- in der Freien Hansestadt Bremen:

Art. 8, Abs. 1 b iii; c iii; f i; h;  
Art. 10, Abs. 2 c; d; e;  
Art. 11, Abs. 1 g;  
Art. 12, Abs. 1 b; c; e; g;  
Art. 13, Abs. 2 c;

- in der Freien und Hansestadt Hamburg:

Art. 8, Abs. 1 b iii; c iii; d iii; f ii; h; i;  
Art. 10, Abs. 2 e; Abs. 4 c;  
Art. 11, Abs. 1 g;  
Art. 12, Abs. 1 g;  
Art. 13, Abs. 1 d; Abs. 2 c;

- im Land Mecklenburg-Vorpommern:

Art. 8, Abs. 1 b iii; c iii; d iii; h; i;  
Art. 10, Abs. 4 c;  
Art. 12, Abs. 1 b; c; e; h;  
Art. 13, Abs. 1 d, Abs. 2 c;

- im Land Niedersachsen:

Art. 8, Abs. 1 f iii; i;

Art. 10, Abs. 2 c; d; e; Abs. 4 a; c;  
Art. 12, Abs. 1 b; c; e; g; Abs. 2;  
Art. 13, Abs. 1 d;  
Art. 14 a; b;

- im Land Schleswig-Holstein:

Art. 8, Abs. 1 b iii; c iii; f iii; h; i; Abs. 2;  
Art. 10, Abs. 4 c;  
Art. 12, Abs. 1 b; c; g;  
Art. 13, Abs. 1 d; Abs. 2 c.

Die gesonderte Bezeichnung dieser Bestimmungen für das Gebiet einzelner Länder entspricht dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland und berücksichtigt die Gegebenheiten der Sprache im betreffenden Land.

Die Sprache Romanes der deutschen Sinti und Roma im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Sprache Niederdeutsch im Gebiet der Länder Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt werden gemäß Teil II der Charta geschützt.

Auf die Minderheitensprache Romanes der deutschen Sinti und Roma im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Regionalsprache Niederdeutsch im Gebiet der Länder Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt wird Teil II der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nach deren Inkrafttreten in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Januar 1998 angewendet. Hinsichtlich dieser Sprachen werden daher die im Artikel 7 der Charta genannten Ziele und Grundsätze zugrunde gelegt. Das deutsche Recht und die bestehende Verwaltungspraxis erfüllen damit gleichzeitig einzelne Bestimmungen aus Teil III der Charta:

Für Romanes:

für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland:

Art. 8, Abs. 1 f iii; g; h;  
Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;  
Artikel 10, Absatz 5;  
Art. 11, Abs. 1 d; e ii; f ii; g; Abs. 2;  
Art. 12, Abs. 1 g; Abs. 3;  
Art. 13, Abs. 1 a; c; d;  
Artikel 14 a;

dazu ergänzend:

- im Land Baden-Württemberg:

Art. 8, Abs. 1 a iv, 1 e iii;  
Art. 10, Abs. 4 c;  
Art. 12, Abs. 1 a, 1 d; f; Abs. 2.

- im Land Berlin:

Art. 8, Abs. 1 a i/ii; b i/ii/iii/iv; e i/ii/iii; i; Abs. 2;  
Art. 11, Abs. 1 b i/ii; c ii; e i/ii;  
Art. 12, Abs. 1 a; d; f;

- in der Freien und Hansestadt Hamburg:

Art. 8, Abs. 1 b iv; c iv;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii;  
Art. 12, Abs. 1 a; d; f;

- im Land Hessen:

Art. 8, Abs. 1 a iii/iv; b iv; c iv; d iv; e iii; i; Abs. 2;  
Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; e i;  
Art. 12, Abs. 1 a; d; f; Abs. 2;

- im Land Nordrhein-Westfalen:

Art. 8, Abs. 1 e iii; Abs. 2;

Art. 12, Abs. 1 a; d; f; Abs. 2;

- im Land Niedersachsen:

Art. 12, Abs. 1 a; d; f;

- im Land Rheinland-Pfalz:

Art. 8, Abs. 1 a iv; e iii;

Art. 11, Abs. 1 c ii;

Art. 12, Abs. 1 a; d; f;

- im Land Schleswig-Holstein:

Art. 10, Abs. 1 a v; Abs. 2 b; Abs. 4 c;

Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii;

Art. 12, Abs. 1 a; d; f; Abs. 2.

#### Für Niederdeutsch:

- im Land Brandenburg:

Art. 8, Abs. 1 a iv; b iv; c iv; f iii; g;

Art. 9, Abs. 2 a;

Art. 10, Abs. 2 b; Abs. 3 c;

Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; d; e ii; f ii; Abs. 2;

Art. 12, Abs. 1 a; f; g;

- im Land Nordrhein-Westfalen:

Art. 8, Abs. 1 e iii; g; h; Abs. 2;

Art. 9, Abs. 1 b iii; c iii; Abs. 2 a;

Art. 11, Abs. 1 d; Abs. 2;

Art. 12, Abs. 1 a; d; e; f; g; h; Abs. 2;

Art. 13, Abs. 1 a; c; d;

- im Land Sachsen-Anhalt:

Art. 8, Abs. 1 a iv; b iv; c iv; g; h;

Art. 9, Abs. 2 a;

Art. 11, Abs. 1 b ii; c ii; e ii; Abs. 2;

Art. 12, Abs. 1 a; f; g; h.

Die gesonderte Bezeichnung dieser Bestimmungen für das Gebiet einzelner Länder entspricht dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland und berücksichtigt die Gegebenheiten der Sprache im betreffenden Land.

Die Ausgestaltung der Implementierung der oben genannten Bestimmungen aus Teil III der Charta durch rechtliche Regelungen und Verwaltungshandeln unter Beachtung der in Artikel 7 der Charta genannten Ziele und Grundsätze liegt entsprechend der innerstaatlichen Kompetenzordnung jeweils in der Entscheidung des Bundes oder des zuständigen Landes. Einzelheiten werden im deutschen Vertragsgesetzverfahren in der Denkschrift zur Charta dargestellt.

**Abgedeckter Zeitraum: 1/1/1999 -**

**Die vorstehende Erklärung betrifft die folgenden Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 7, 8, 9**



**Finland:**

**Declarations contained in the instrument of acceptance, deposited on 9 November 1994 - Or. Engl.**

Finland declares, according to Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, that it applies to the Saami language which is a regional or minority language in Finland, the following provisions of Part III of the Charter:

In Article 8:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), b (i), c (i), d (ii), e (ii), f (ii), g, h, i  
Paragraph 2

In Article 9:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), a (iii), a (iv), b (ii), b (iii), c (ii), c (iii), d  
Paragraph 2, sub-paragraph a  
Paragraph 3

In Article 10:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b, c  
Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g  
Paragraph 3, sub-paragraph b  
Paragraph 4, sub-paragraphs a, b  
Paragraph 5

In Article 11:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (i), c (ii), d, e (i), f (ii)  
Paragraph 2  
Paragraph 3

In Article 12:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g, h  
Paragraph 2  
Paragraph 3

In Article 13:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, c, d  
Paragraph 2, sub-paragraphs b, c

In Article 14:

Paragraph a  
Paragraph b.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 13, 14, 2, 3, 8, 9

**Declaration contained in the instrument of acceptance, deposited on 9 November 1994 - Or. Engl.**

Finland declares, according to Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, that it applies to the Swedish language which is the less widely used official language in Finland, the following provisions of Part III of the Charter:

In Article 8:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), b (i), c (i), d (i), e (i), f (i), g, h, i  
Paragraph 2

In Article 9:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), a (ii), a (iii), a (iv), b (i), b (ii), b (iii), c (i), c (ii), c (iii), d

Paragraph 2, sub-paragraph a

Paragraph 3

In Article 10:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), b, c

Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g

Paragraph 3, sub-paragraph a

Paragraph 4, sub-paragraphs a, b

Paragraph 5

In Article 11:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (i), c (ii), d, e (i), f (ii)

Paragraph 2

Paragraph 3

In Article 12:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g, h

Paragraph 2

Paragraph 3

In Article 13:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, c, d

Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e

In Article 14:

Paragraph a

Paragraph b.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9

**Declaration contained in the instrument of acceptance, deposited on 9 November 1994 - Or. Engl.**

Finland declares, referring to Article 7, paragraph 5, that it undertakes to apply, *mutatis mutandis*, the principles listed in paragraphs 1 to 4 of the said Article to the Romanes language and to the other non-territorial languages in Finland.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 7

**Declaration contained in an instrument from the Ministry for Foreign Affairs of Finland, dated 27 November 2009, registered at the Secretariat General on 30 November 2009 – Or. Engl.**

The Government of Finland has decided to modify the declaration contained in the Instrument of Acceptance of the Charter as follows:

“Finland declares, referring to Article 7, paragraph 5, that it undertakes to apply, *mutatis mutandis*, the principles listed in paragraphs 1 to 4 of the said Article to the Romanes language, to the Karelian language and to the other non-territorial languages in Finland.”

**In Kraft: 30/11/2009 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 7



**Frankreich:**

**Declaration contained in the full powers handed to the Secretary General at the time of signature of the instrument, on 7 May 1999 - Or. Fr.**

France intends to make the following declaration in its instrument of ratification of the European Charter for Regional or Minority Languages:

1. In so far as the aim of the Charter is not to recognise or protect minorities but to promote the European language heritage, and as the use of the term "groups" of speakers does not grant collective rights to speakers of regional or minority languages, the French Government interprets this instrument in a manner compatible with the Preamble to the Constitution, which ensures the equality of all citizens before the law and recognises only the French people, composed of all citizens, without distinction as to origin, race or religion.
2. The French Government interprets Article 7-1, paragraph d, and Articles 9 and 10 as posing a general principle which is not in conflict with Article 2 of the Constitution, pursuant to which the use of the French language is mandatory on all public-law corporations and private individuals in the exercise of a public service function, as well as on individuals in their relations with public administrations and services.
3. The French Government interprets Article 7-1, paragraph f, and Article 8 to mean that they preserve the optional nature of the teaching and study of regional or minority languages, as well as of the history and culture which is reflected by them, and that the purpose of this teaching is not to remove from pupils enrolled in schools on the national territory the rights and obligations applicable to all those attending establishments providing the public education service or associated therewith.
4. The French Government interprets Article 9-3 as not opposing the possible use only of the official French version, which is legally authoritative, of statutory texts made available in the regional or minority languages, by public-law corporations and private individuals in the exercise of a public service function, as well as by individuals in their relations with public administrations and services.

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 1, 10, 7, 8, 9

**Declaration contained in the full powers handed to the Secretary General at the time of signature of the instrument, on 7 May 1999 - Or. Fr.**

France will specify in its instrument of ratification of the European Charter for Regional or Minority Languages, pursuant to Article 3-1 thereof, the regional or minority languages to which the measures to be selected in accordance with Article 2-2 shall apply. In conformity with Article 2-2, France intends to undertake to apply some or all of the following paragraphs or sub-paragraphs of Part III of the Charter:

Article 8:

Sub-paragraphs 1.a.iii, 1.b.iv, 1.c.iv, 1.d.iv, 1.e.i, 1.e.ii, 1.f.ii, 1.g, 1.h, 1.i  
Paragraph 2

Article 9:

Paragraph 3

Article 10:

Sub-paragraphs 2.c, 2.d, 2.g

Article 11:

Sub-paragraphs 1.a.iii, 1.b.ii, 1.c.ii, 1.d, 1.e.ii, 1.f.ii, 1.g  
Paragraph 2  
Paragraph 3

Article 12:

Sub-paragraphs 1.a, 1.b, 1.c, 1.d, 1.e, 1.g

Paragraph 2

Paragraph 3

Article 13:

Sub-paragraphs 1.b, 1.c, 1.d

Sub-paragraphs 2.b, 2.e

Article 14:

Paragraph a

Paragraph b

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9



**Kroatien:**

**Reservation contained in the instrument of ratification, deposited on 5 November 1997 - Or. Cro./Engl.**

The Republic of Croatia declares, in pursuance of Article 21 of the European Charter for Regional of Minority Languages, that in respect of the Republic of Croatia the provisions of Article 7, paragraph 5, of the Charter shall not apply.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 7

**Declaration contained in the instrument of ratification, deposited on 5 November 1997 - Or. Cro./Engl.**

The Republic of Croatia declares that, in accordance with Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, of the European Charter for Regional of Minority Languages, it shall apply to Italian, Serbian, Hungarian, Czech, Slovak, Ruthenian and Ukrainian languages the following paragraphs of the Charter:

- In Article 8:

paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (iv), c (iv), d (iv), e (ii), f (ii), g, h;

- In Article 9:

paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), a (iv), b (ii), b (iii), c (ii), c (iii), d;

paragraph 2, sub-paragraph a;

- In Article 10:

paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), a (iv) b, c;

paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, g;

paragraph 3, sub-paragraphs a, b, c;

paragraph 5;

- In Article 11:

paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), d, e (ii);

paragraph 2;

paragraph 3;

- In Article 12:

paragraph 1, sub-paragraphs a, f, g;



- In Article 13:  
paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c;

- Article 14:  
**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9

**Declaration contained in the instrument of ratification, deposited on 5 November 1997 - Or. Cro./Engl.**

The Republic of Croatia declares, with regard to Article 1, paragraph b., of the Charter, that pursuant to Croatian legislature, the term "territory in which the regional or minority languages is used" shall refer to those areas in which the official use of minority language is introduced by the by-laws passed by the local self-government units, pursuant to Article 12 of the Constitution of the Republic of Croatia and Articles 7 and 8 of the Constitutional Law on Human Rights and Freedoms and the Rights of National and Ethnic Communities or Minorities on the Republic of Croatia.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 1



**Liechtenstein:**

**Declaration contained in the instrument of ratification deposited on 18 November 1997 - Or. Fr.**

The Principality of Liechtenstein declares in accordance with Article 2, paragraph 2, and in accordance with Article 3, paragraph 1, of the European Charter for Regional or Minority Languages of 5 November 1992, that there are no regional or minority languages in the sense of the Charter in the territory of the Principality of Liechtenstein at the time of ratification.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 2, 3



**Niederlande:**

**Declaration contained in the instrument of acceptance, deposited on 2 May 1996 - Or. Engl.**

The Kingdom of the Netherlands accepts the said Charter for the Kingdom in Europe.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: -

**Declarations contained in a Note Verbale handed over by the Permanent Representative of the Netherlands at the time of deposit of the instrument of acceptance, on 2 May 1996 - Or. Engl.**

The Kingdom of the Netherlands declares, in accordance with Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, of the European Charter for Regional or Minority Languages, that it will apply to the Frisian language in the province of Friesland the following provisions of Part III of the Charter:

In Article 8:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), b (ii), c (iii), e (ii), f (i), g, h, i.  
Paragraph 2.

In Article 9:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), a (iii), b (iii), c (ii), c (iii).  
Paragraph 2, sub-paragraph b.

In Article 10:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (v), c.  
Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g.  
Paragraph 4, sub-paragraphs a, c.  
Paragraph 5.

In Article 11:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (ii), c (ii), f (ii).  
Paragraph 2.

In Article 12:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, d, e, f, g, h.  
Paragraph 2.  
Paragraph 3.

In Article 13:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, c, d.  
Paragraph 2, sub-paragraphs b, c.

In Article 14:

Paragraph a.  
Paragraph b.

The Kingdom of the Netherlands further declares that the principles enumerated in Part II of the Charter will be applied to the Lower-Saxon languages used in the Netherlands, and, in accordance with Article 7, paragraph 5, to Yiddish and the Romanes languages.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 7, 8, 9

**Declaration contained in a Note Verbale from the Permanent Representation of the Netherlands, dated 18 March 1997, registered at the Secretariat General on 19 March 1997 - Or. Engl.**

The Kingdom of the Netherlands declares, in accordance with Article 2, paragraph 1, of the European Charter for Regional or Minority Languages of 5 November 1992, that the principles enumerated in Part II of the Charter will be applied to the Limburger language used in the Netherlands.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 2



**Norwegen:**

**Declarations contained in the instrument of ratification, deposited on 10 November 1993 - Or. Engl.**

We undertake to carry out the provisions contained in Parts I, II, IV and V of the Charter and also in

accordance with Article 2, paragraph 2, the provisions contained in the following articles, paragraphs and sub-paragraphs of Part III of the Charter:

In Article 8:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (iv), c (iv), d (iv), e (ii), f (ii), g, h, i  
Paragraph 2

In Article 9:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i-iv), b (i-iii), d  
Paragraph 2, sub-paragraph a  
Paragraph 3

In Article 10:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b, c  
Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g  
Paragraph 3, sub-paragraph b  
Paragraph 4, sub-paragraph a  
Paragraph 5

In Article 11:

Paragraph 1, sub-paragraphs, a (iii), b (i), c (ii), e (i), f (ii), g  
Paragraph 2

In Article 12:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, d, e, f, g, h  
Paragraph 2  
Paragraph 3

In Article 13:

Paragraph 2, sub-paragraphs c, e

In Article 14:

sub-paragraph b

The above-mentioned paragraphs and sub-paragraphs shall, in accordance with Article 3, paragraph 1, apply to the Sami language.

**In Kraft: 1/3/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9



**Schweden:**

**Declaration contained in the instrument of ratification deposited on 9 February 2000 - Or. Eng.**

Sami, Finnish and Meänkieli (Tornedal Finnish) are regional or minority languages in Sweden. Sweden's undertakings pursuant to Article 2, paragraph 2 with respect to these languages are described in the appendix.

Romani Chib and Yiddish shall be regarded as non-territorial minority languages in Sweden when the Charter is applied

**APPENDIX**

**The extent of Sweden's undertakings according to Part III of the European Charter for Regional or**

## **Minority Languages.**

The followings paragraphs and sub-paragraphs under Article 8 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

- 8.1.a.iii
- 8.1.b.iv
- 8.1.c.iv
- 8.1.d.iv
- 8.1.e.iii
- 8.1.f.iii
- 8.1.g
- 8.1.h
- 8.1.i
- 8.2.

The following paragraphs and sub-paragraphs under Article 9 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

- 9.1.a.ii
- 9.1.a.iii
- 9.1.a.iv
- 9.1.b.ii
- 9.1.b.iii
- 9.1.c.ii
- 9.1.c.iii
- 9.1.d
- 9.2
- 9.3

The following paragraphs and sub-paragraphs under Article 10 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

- 10.1.a.iii
- 10.1.a.v
- 10.1.c.
- 10.2.b.
- 10.2.c.
- 10.2.d.
- 10.2.g.
- 10.4.a.
- 10.5

The following paragraphs and sub-paragraphs under Article 11 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

- 11.1.a.iii
- 11.1.d
- 11.1.e.i
- 11.1.f.ii
- 11.2.

In addition, 11.1.c.i will apply with respect to Finnish.

The following paragraphs under Article 12 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

- 12.1.a
- 12.1.b
- 12.1.d
- 12.1.f
- 12.1.g
- 12.2.

In addition, 12.1.e will apply to Sami, and 12.1.c and 12.1.h to Finnish and Sami.

The following paragraphs under Article 13 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

13.1.a

The following paragraphs under Article 14 shall apply to Sami, Finnish and Meänkieli:

14.a

14.b

This means that a total of 45 paragraphs or sub-paragraphs in part III of the Charter shall apply to Sami and Finnish, and 42 paragraphs or sub-paragraphs to Meänkieli.

**In Kraft: 1/6/2000 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 8, 9



**Schweiz:**

**Declaration contained in the instrument of ratification deposited on 23 December 1997 - Or. Fr.**

The Swiss Federal Council declares, in accordance with Article 3, paragraph 1, of the Charter, that in Switzerland Romansh and Italian are the less widely used official languages to which the following paragraphs chosen in accordance with Article 2, paragraph 2, of the Charter, shall apply:

**a. Romansh**

Article 8 (education)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iv), b (i), c (iii), d (iii), e (ii), f (iii), g, h, i

Article 9 (judicial authorities)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), a (iii), b (ii), b (iii), c (ii)

Paragraph 2, sub-paragraph a

Paragraph 3

Article 10 (administrative authorities and public services)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), b, c

Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g

Paragraph 3, sub-paragraph b

Paragraph 4, sub-paragraphs a, c

Paragraph 5

Article 11 (media)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (i), c (ii), e (i), f (i)

Paragraph 3

Article 12 (cultural activities and facilities)

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c, e, f, g, h

Paragraph 2

Paragraph 3

Article 13 (economic and social life)

Paragraph 1, sub-paragraph d

Paragraph 2, sub-paragraph b

Article 14 (transfrontier exchanges)

Sub-paragraph a

Sub-paragraph b.

## **b. Italian**

### Article 8 (education)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), a (iv), b (i), c (i), c (ii), d (i), d (iii), e (ii), f (i), f (iii), g, h, i

### Article 9 (judicial authorities)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), a (ii), a (iii), b (i), b (ii), b (iii), c (i), c (ii), d

Paragraph 2, sub-paragraph a

Paragraph 3

### Article 10 (administrative authorities and public services)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), b, c

Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g

Paragraph 3, sub-paragraphs a, b

Paragraph 4, sub-paragraphs a, b, c

Paragraph 5

### Article 11 (media)

Paragraph 1, sub-paragraphs a (i), e (i), g

Paragraph 2

Paragraph 3

### Article 12 (cultural activities and facilities)

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c, d, e, f, g, h

Paragraph 2

Paragraph 3

### Article 13 (economic and social life)

Paragraph 1, sub-paragraph d

Paragraph 2, sub-paragraph b

### Article 14 (transfrontier exchanges)

Sub-paragraph a

Sub-paragraph b.

**In Kraft: 1/4/1998 -**

Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9



**Ungarn:**

**Declarations contained in the instrument of ratification, deposited on 26 April 1995 - Or. Engl. and completed by a Note verbale (1) from the Ministry of Foreign Affairs of Hungary, dated 12 March 1999, registered at the Secretariat General on 16 March 1999 - Or. Fr.**

Hungary declares, according to Article 2, paragraph 2, and Article 3, that it applies to the Croatian, German, Romanian, Serbian, Slovak and Slovene languages, the following provisions of Part III of the Charter:

#### In Article 8:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iv), b (iv), c (iv), d (iv), e (iii), f (iii), g, h, i

Paragraph 2

#### In Article 9:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (ii), a (iii), a (iv), b (ii), b (iii), c (ii), c (iii)

Paragraph 2, sub-paragraphs a, b, c

In Article 10:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (v), c  
Paragraph 2, sub-paragraphs b, e, f, g  
Paragraph 3, sub-paragraph c  
Paragraph 4, sub-paragraphs a, c  
Paragraph 5

In Article 11:

Paragraph 1, sub-paragraphs a (iii), b (ii), c (ii), e (i), f (i), g  
Paragraph 3

In Article 12:

Paragraph 1, sub-paragraphs a, b, c, f, g  
Paragraph 2  
Paragraph 3

In Article 13:

Paragraph 1, sub-paragraph a

In Article 14:

Paragraph a  
Paragraph b.

**[(1) Note from the Secretariat:**

*The Note verbale read as follows:*

" The Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Hungary presents its compliments to the Secretariat General of the Council of Europe and has the honor to draw its attention to a technical error contained in the instrument of ratification deposited by the Republic of Hungary, namely that the languages enumerated in respect of which Hungary makes undertakings concerning Part III of the European Charter for Regional or Minority Languages, do not include the Serbian language.

Indeed, the Republic of Hungary, by Decision No. 35/1995 (IV.7) of the Parliament, of which an official translation in French is appended, has ratified Part III of the Charter, accepting also the Serbian language and with the same options as those enumerated in the instrument of ratification of 19 April 1995. Hungary's obligations with regard to the Serbian language become therefore operative from the date of entry into force of the European Charter for Regional of Minority Languages in respect of Hungary.

**Decision of the Parliament No. 35/1995 (IV.7)**

**On the ratification of the European Charter on Regional or Minority Languages  
and on the undertakings taken by the Republic of Hungary  
in conformity with its Article 2, litt. 2,**

The Parliament, on a proposition from the Government:

1. Ratifies the European Charter on Regional or Minority Languages, elaborated on 5 November 1992, which text is reproduced in Appendix No. 1.
2. Agrees that the undertakings taken in conformity with Article 2, litt. 2, of the Charter reproduced in Appendix No. 2 extend to the Croatian, German, Romanian, Serbian, Slovakian, Slovenian languages.
3. Invites the President of the Republic to issue the instrument of ratification.
4. Invites the Minister of Foreign Affairs to deposit the instrument of ratification and the inventory of the undertakings taken.]"

**In Kraft: 1/3/1998 -**

**Obenangegebene Erklärung bezüglich Artikel: 10, 11, 12, 13, 14, 2, 3, 8, 9**